

# A m t s = B l a t t



zur Laibacher Zeitung.

Nr. 86.

Samstag den 18. Juli

1846.

## Gubernial - Verlautbarungen.

3. 1078. (3) Nr. 14354.

### G u r r e n d e

des k. k. illyrischen Guberniums. —

Seine k. k. Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. Mai 1846 in Betreff der heuer durchzuführenden früheren Militär-Entlassung der aus den militärisch-conscriptirten Provinzen mit vierzehnjähriger Capitulation gestellten Soldaten folgende Bestimmungen allergnädigst zu genehmigen geruhet: 1) Die in den Solarjahren 1834 und 1835 aus der Bevölkerung der militärisch-conscriptirten Provinzen auf eine vierzehnjährige Capitulation gestellten, oder freiwillig im eigenen Namen, oder als Supplenten für militärische conscriptirte Unterthanen eingetretenen Soldaten, welche weder stillschweigend fort dienen, noch sich reengagiren lassen wollen, werden, falls nicht besondere Ereignisse es etwa unthunlich machen, mit Ende October 1846 ihrer Militärpflicht mit Vorbehalt der ihnen gemäß den bestehenden directiven obliegenden Landwehr-Verpflichtung enthoben werden. — 2) Derselben Begünstigung haben sich zu erfreuen: a. Jene, welche nach vollstreckter erster Capitulation sich im eigenen Namen oder als Stellvertreter in den §. 1 bezeichneten Jahren auf eine weitere vierzehnjährige Capitulation reengagiren ließen. — b. Jene, welche sich im Laufe ihrer gesetzlichen oder vertragsmäßigen Capitulation auf eine weitere vierzehnjährige Dienstzeit im eigenen Namen oder als Supplenten reengagiren ließen, jedoch ihre erste Capitulation in der bezeichneten Periode vollstreckten. — c. Jene, welche sich im eigenen Namen aus Vorliebe für einen anderen Truppenkörper wegen bewilligter Uebersetzung dahin, wegen Heirathslicenz oder aus einem sonstigen Beweggrunde, jedoch ohne Entgelt

des Aera's, zum Nachdienen einer ganzen Capitulation freiwillig verpflichteten, insofern sie bis Ende December 1846 auf diese eingegangene weitere Dienstverpflichtung sechs Jahre vollstreckten. — d. Jene, welche aus den unter c. angeführten Beweggründen sich freiwillig zum Nachdienen einer halben Capitulation verbindlich machten, wenn sie auf diese weitere Verpflichtung bis Ende December 1846 drei Jahre beenden. — e. Jene dagegen, welche gegen Entgelt des Aera's auf eine halbe Capitulation reengagirt wurden, insofern sie auf diese Verbindlichkeit bis Ende December 1846 vier Jahre vollstreckten. — f. Jene, welche aus was immer für einem Beweggrunde sich zum Nachdienen auf eine bestimmte Anzahl Jahre freiwillig herbeigelassen haben, insofern dieselben bis Ende December 1846 auf diese weitere Verpflichtung die Hälfte vollstreckten. — g. Jene, welche sich aus den unter c. bemerkten Beweggründen freiwillig auf lebenslang reengagiren ließen, insofern sie bis Ende December 1846 im Ganzen zwanzig Jahre und darüber dienen. — h. Jene, welche gegen Entgelt des Aera's eine Reengagierung eingegangen sind, insofern sie bis Ende December 1846 eine fünf und zwanzigjährige oder längere Dienstzeit vollstreckten. — i. Die in dem Solarjahre 1831 ex officio gestellten Recrutirungsflüchtlinge. — k. Jene, welche in dem Solarjahre 1833 als ab instantia losgesprochene Selbstverstümmelter mit vierzehnjähriger Capitulation zum Militär gestellt worden sind. — l. Jene, welche wegen erwiesener absichtlicher Selbstverstümmelung zur lebenslänglichen Militär-Dienstleistung verpflichtet wurden, insofern dieselben bis Ende December 1846 fünf und zwanzig Jahre und darüber dienen. — m. Jene, welche we-



gen erster Desertion zum Nachdienen einer halben Capitulation gesetzlich verpflichtet sind, insoferne sie bis Ende December 1846 auf diese Verpflichtung vier Jahre, oder darüber dienen. — n. Jene, denen wegen wiederholter Desertion die Capitulation abgenommen wurde, insoferne sie bis Ende December 1846 fünf und zwanzig Jahre oder darüber dienen. — 3) Ausgenommen von dieser Begünstigung der früheren Entlassung sind jene, welche während der Dienstzeit, deren Abkürzung unter den vorstehenden Bedingungen zugestanden wird, sich bis zur Wirksamkeit gegenwärtiger Verordnung auf eine weitere Dienstzeit reengagiren ließen. — 4) Alle im §. 1 dann §. 2 a) bis einschließig f) erwähnten Capitulanten können schon dermal als Stellvertreter, falls sie noch die hiezu erforderlichen Eigenschaften besitzen, mit einer achtjährigen Capitulationszeit reengagirt werden. Ihre neue Dienstzeit hat mit 1. November 1846 zu beginnen. — 5) Auch Unterofficiere, Gefreite und diesen Letzteren gleichkommende Chargen, dann Tambours und Trompeter, deren vierzehnjährige Capitulation erst bis Ende December 1850, 1851, 1852 und 1853 vollstreckt seyn würde, können im Falle ihrer vorzüglichen Brauchbarkeit schon dermal als Stellvertreter reengagirt werden. Ihre neue Dienstzeit ist jedoch erst vom 1. November 1847 an zu zählen. — Diese Allerhöchst genehmigten Bestimmungen werden in Folge hohen Hofkanzlei-Decretes vom 2. Juni 1846, 3. 18047, zur öffentlichen Kenntniß gebracht. — Laibach am 12. Juni 1846.

Joseph Freiherr v. Weingarten,  
Landes-Gouverneur.

Carl Graf zu Welsperg Raitenau  
und Primör, k. k. Vice-Präsident.

Carl Freiherr v. Flödnigg,  
k. k. Gubernialrath.

sprechendem Erfolge bestanden haben, und haben ihre, mit den Zeugnissen über die zurückgelegten philosophischen oder wenigstens Gymnasial-Studien, über die erlernte Staatsrechnungswissenschaft, über ihre bisherige Dienstleistung, dann mit dem Taufscheine und dem Moralitäts-Zeugnisse, so wie auch mit dem Ausweise über die Möglichkeit zur Cautions-Leistung belegten Gesuche und zwar im Falle sie bereits in k. k. oder sonstigen öffentlichen Diensten stehen, im Wege der vorgesetzten Behörde bis ersten August d. J. bei diesem k. k. Gubernium zu überreichen. — Zugleich muß angegeben werden, ob und in welchem Grade der Bittsteller mit einem Beamten des hiesigen k. k. Prov. Cameral- und Kriegszahlamtes verwandt oder verschwägert sey. — Vom k. k. steiermärkischen Gubernium Graz am 26. Juni 1846.

3. 1080. (3) Nr. 15618.

#### Verlautbarung.

Zur Sicherstellung des Brennholzbedarfes für das Gubernium und einige andere k. k. Behörden, Ämter und öffentliche Anstalten, im Winter 18<sup>46</sup>/<sub>47</sub>, wird am 8. August 1846 Vormittags um 10 Uhr bei dem k. k. Gubernium in Laibach eine Minuendo-Versteigerung, verbunden mit einer Offerten-Verhandlung Statt finden und deshalb Folgendes bekannt gemacht: 1) Der Brennholzbedarf besteht für das k. k. Landes-Präsidium in 42 Klaftern harten; für das Gubernium und für das Cameral-Zahlamt in 203 Klaftern harten und 1½ Klaftern weichen; für die Kammerprocuratur in 31 Klaftern harten; für das Gubernial-Rechnungs-Departement in 12 Klaftern harten; für das Stadt- und Landrecht in 25 Klaftern harten und 2 Klaftern weichen; für die Prov. Staatsbuchhaltung in 85 Klaftern harten; für die ständ. Verordnete Stelle in 38 Klaftern harten; für das Krankenhaus und Klinik in 260 Klaftern harten; für das Irrenhaus in 60 Klaftern harten; für das Gebärhaus in 60 Klaftern harten; für das Inquisitionshaus in 161 Klaftern harten; für das Strafhaus in 275 Klaftern harten und für das Katastral-Schätzungs-Inspectorat in 12 Klaftern harten, im Ganzen somit in 1264 Klaftern harten und 3½ Klaftern weichen Brennholzes. — 2) Die Holzlieferung wird branchenweise, nämlich für jede Behörde, für jedes Amt und jede öffentliche Anstalt, so wie auch für mehrere Ämter, welche sich in einem und demselben Ge-

3. 1099. (1) Nr. 13874.

#### Verlautbarung.

Bei dem k. k. Provinzial-Cameral- und Kriegszahlamte zu Graz ist die zweite Amtschreiberstelle mit dem Gehalte jährlicher dreihundert fünfzig Gulden Conv. Münze in Erledigung gekommen. Jene, welche sich um diese Stelle, oder wenn die graduelle Vorrückung eintritt, um die 3te oder 4te Amtschreiberstelle mit dem Gehalte jährlicher dreihundert Gulden C. M. bewerben wollen, müssen die Prüfung aus dem Cassfache mit ent-



bäude befinden, vor sich gehen. — Nicht minder werden Angebote zur Lieferung des oben ausgewiesenen gesammten Brennholzbedarfes angenommen und bei sonst annehmbar befundenen Verhältnissen vorzugsweise berücksichtigt werden. — 3) Das zu liefernde Holz muß trocken, von durchaus guter Qualität seyn, klastenweise aufgeschlichtet übergeben werden, und eine Scheiterlänge von 22 bis 24 Zoll haben. — 4) Das Brennholz muß jeder Branche zugeliessert, am Übernahmeort abgela- den und auf Kosten des Lieferanten klastenweise, jede Klaste mit einem Kreuzstoße versehen, genau aufgeschlichtet werden, ohne daß der Lieferant für Fuhrlohn, Mauth oder Maßerei noch, für sonstige Auslagen etwas anzusprechen berechtigt wäre. — 5) Sollte es sich in der Folge ergeben, daß eine oder die andere Branche eine größere oder geringere Quantität Holzes als die im §. 1 angegebene benöthigen würde, so ist es im ersten Falle Pflicht des Lieferanten, den größern Bedarf gleichfalls um den Erstehungspreis beizustellen, im zweiten Falle aber hätte er für den geringeren Bedarf keine Entschädigung anzusprechen. — Als Ausrufspreis der n. öst. Klasten 22 bis 24zölligen harten Brennholzes für die Behörden in der Stadt Laibach werden Vier Gulden 30 kr.; für das Straßhaus am Castellberge aber mit Zurechnung der doppelten Zufuhrkosten pr. n. öst. Klaste, mit fünf Gulden 13 kr.; für die Klasten weichen Brennholzes dagegen mit drei Gulden 40 kr. angenommen. — 6) Der Ersteher wird die Lieferung in acht Tagen nach dem abgeschlossenen Contracte zu beginnen und dergestalt fortzusetzen haben, daß bis 15. September d. J. wenigstens ein Drittheil des im §. 1. angeführten Bedarfes abgeliefert seyn wird; die weiteren Lieferungen sind aber in der Art zu bewerkstelligen, daß keine Behörde einem Mangel an benöthigtem Brennholze ausgesetzt bleibt, und es ist diese Verpflichtung um so gewisser zu erfüllen, als im Widrigen das Arar im Falle einer Verspätung des Lieferanten, oder wenn nicht qualitätsmäßiges Holz geliefert werden sollte, berechtigt ist, den Holzbedarf auf Kosten des Lieferanten um welch immer einen Preis anzukaufen und den ausgelegten, den Erstehungspreis übersteigenden Mehrbetrag von der Caution oder vom sonstigen Vermögen des Ersthers hereinzubringen. — Zu diesem Ende wird 7) der Ersteher beim Abschlusse des Lieferungs- = Vertrages seine eingegangene Verbindlichkeit sicherzustellen haben, und zwar durch Verpfändung seiner eigenthümlichen Realität oder durch Namhaftmachung eines annehmbaren Bürgen, oder durch Hinterlegung

eines dem zehnten Theile der Erstehungssumme gleichkommenden Betrages, oder endlich durch solche gleiche Ablieferung einer angemessenen Quantität Holzes und Einlassung des dafür entfallenden Vergütungsbetrages bis zur gänzlichen Contractserfüllung. — 8) Für jedes an eines der obgenannten Ämter oder Anstalten gehörig beigestellte Brennholzquantum wird dem Lieferanten gegen Vorbringung der legalen Übernahme-recepissen die sogleiche bare Zahlung auch ohne vorhergegangener buchhalterischer Liquidirung aus den betreffenden Cassen und Fonde zugesichert. — 9) Jeder Lieferungs-Unternehmer ist verbunden, vor der Licitation ein Badium von 50 fl. E. M. zu erlegen, welches im Falle, daß die Lieferung von demselben nicht erstanden werden sollte, gleich nach der Licitation zurückgestellt, dem Ersteher aber in so ferne die im §. 7. bedungene Caution nicht anderswie vollständig erlangen sollte, in diese eingerechnet werden wird. — Es werden indessen auch vorläufige schriftliche Lieferungs-Offerte angenommen. Jedes solche Offert muß versiegelt seyn, bis längstens 10 Uhr Vormittags bei dem Gubernial-Einreichungs-Protocoll übergeben werden, und mit dem Legscheine des Prov. Cameral-Zahlamtes über das dort erlegte Badium pr. 50 fl. E. M. belegt seyn. — Das Offert muß, nebst Angabe des Namens und Wohnortes des Offerenten und der Erklärung, daß ihm obstehende Lieferungsbedingungen bekannt sind, die bestimmte Holzquantität, welche, so wie auch die Branche, für welche geliefert werden will, enthalten; auch muß der geforderte Vergütungspreis pr. Klaste genau und mit Worten ausgedrückt werden, und jedes Offert von Außen mit folgender Aufschrift versehen werden: „Offert des N. N. wegen Lieferung des Brennholzes für die k. k. Behörden, Ämter und öffentliche Anstalten in Laibach in der Winterperiode 18<sup>46</sup>“ — Laibach am 5. Juli 1846.

# Stadt- und landrechtliche Verlautbarungen:

3. 1089. (3)

Nr. 276.

E d i c t.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte, zugleich Mercantil- und Wechselgerichte in Krain, wird bekannt gemacht: Es sey über Ansuchen der Handelsmannswitwe, Francisca Hudovernig, die Löschung der Handlungs-Dita: „Primus Hudovernig“ und zugleich Protocol- lirung der neuen Dita: „Primus Hudovernig sel. Witwe,“ dann die Protocol- lirung der Procura ddo. Radmannsdorf 15. Juni 1846, wo- mit die Witwe Francisca Hudovernig ihrem



ältesten Sohne, Primus Hudovernig, die Führung ihrer Firma anvertraut und ermächtigt hat, bewilliget und vorgenommen worden. — Laibach am 30. Juni 1846.

### Kreisämthliche Verlautbarungen.

3. 1088. (3) Nr. 9295. ad Nr. 11022.

#### Concurs = Verlautbarung

zur Wiederbesetzung der Syndicats- und ersten Rathsstelle bei dem Magistrate der l. f. Stadt St. Veit. — Bei dem Magistrate der l. f. Stadt St. Veit ist durch die Ernennung des Matthäus Pinder zum Bezirksrichter bei dem neu creirten l. f. Bezirkscommissariate Neustadt die Syndiker- und erste Rathsstelle in Erledigung gekommen, womit ein jährl. Gehalt von 500 fl. C. M., mit der angemessenen Wohnung im Rathhause, nebst jährlichen 12 Wiener Klaftern Brennholzes verbunden ist. — Zur Wiederbesetzung dieser Stelle wird der Concurs bis 17. August d. J. ausgeschrieben, binnen welcher Zeit die dießfälligen, mit den Wahlfähigkeits- Decreten für das Civil- und Criminalrichteramt, für die politische Geschäftsverwaltung, und für das Richteramt über schwere Polizei- Übertretungen, so wie auch mit dem Taufscheine, und der Nachweisung über Moralität, Sprachkenntnisse und die bisherigen Dienste documentirten Gesuche bei diesem Kreisamte einzureichen sind. — Vom k. k. Kreisamte Klagenfurt am 4. Juli 1846.

### Vermischte Verlautbarungen.

3. 1082. (3)

Nr. 479.

#### E d i c t.

Von dem k. k. Bezirksgerichte Sittich wird bekannt gemacht: Es sey über Ansuchen der Frau Helena Sagorj von Vittai, in die executive Feilbietung der, dem Anton Eischer von Vittai gehörigen, daselbst sub. Haus - Nr. 35 gelegenen, der Herrschaft Weirselberg sub Rect. Nr. 313 zinsbaren, auf 1145 fl. C. M. geschätzten Hubealität, wegen aus dem w. a. Vergleiche ddo. 11. April 1845 schuldigen 548 fl. 37 kr. c. s. c. gewilliget, und hiezu 3 Tagssagungen, und zwar auf den 30. Juni, auf den 30. Juli und auf den 29. August l. J., jedesmal Vormittag um 9 Uhr in loco der Realität mit dem Beisage bestimmt worden, daß diese Hubealität nur bei der dritten Feilbietungstagssagung unter dem Schätzungswerthe hintangegeben werden wird.

Hiezu werden Kauflustige mit dem eingeladen, daß 100 fl. C. M. als Badium der Licitationscom-mission zu erlegen seyn werden.

Das Schätzungsprotocoll, der Grundbuchs-extract und die Licitationsbedingungen können täglich während der Amtsstunden hieramts eingesehen werden.

K. K. Bezirksgericht Sittich am 30. April 1846.

Anmerkung: Zu der ersten Feilbietungstagssagung ist kein Kauflustiger erschienen.

3. 1091. (3)

Nr. 1786.

#### E d i c t.

Vom Bezirksgerichte des Herzogthums Gottschee wird hiermit allgemein bekannt gemacht: Es sey über Ansuchen des Georg Erker von Mitterdorf, Cessionärs des Johann Verderber von Nesselthal, in die Reassumirung der mit Bescheid vom 28. März d. J., 3. 752 bewilligten, wegen ergriffenen Hofre-cursen aber sistirten executiven Feilbietung der, den Eheleuten Paul und Agnes Hutter gehörigen, in Mitterdorf sub Conscr. Nr. 5 und Rect. Nr. 104 liegenden, dem Herzogthume Gottschee dienstbaren, auf 580 fl. geschätzten 318 Urb. Hube, pet. schuldiger 47 fl. 25 kr. c. s. c., über den höchsten Orts abge-wiesenen Recurs gewilliget, und zur Vornahme derselben die Tagssagungen auf den 30. Juli, 29. August und 28. September 1846, jedesmal um 10 Uhr Vormittags mit dem Beisage angeordnet worden, daß diese Realität erst bei der dritten Feilbietungstag-sagung unter dem Schätzungswerthe hintangegeben würde.

Kauflustige werden zu dieser Licitation mit dem Bedeuten eingeladen, daß der Grundbuchs-extract, das Schätzungsprotocoll und die Feilbietungsbedingungen hiergerichts eingesehen und hievon Abschriften beho-ben werden können.

Bezirksgericht Gottschee am 24. Juni 1846.

3. 1068. (3)

Nr. 705.

#### E d i c t.

Von dem k. k. Bezirksgerichte Weißensfeld zu Kronau wird hiemit bekannt gemacht: Es habe Ele-mens Wraf, als Eigenthümer der zu Lengensfeld G. Nr. 20 gelegenen, und der Staatsherrschaft Lack sub Urb. Nr. 2638 dienstbaren Ganzhube, die Klage auf Verjährterklärung der, zu Gunsten der Maria Wraf aus dem Eheverirage ddo. 11. Mai 1801 auf die-ser Realität haftenden Forderung pr. 850 fl. S. W. oder 722 fl. 30 kr. C. M. hieramts angebracht, wo-rüber zur mündlichen Verhandlung die Tagssagung auf den 10. October l. J., Vormittags um 9 Uhr mit dem Anhang des §. 29 a. G. D. festgesetzt wird.

Da nun diesem Gerichte der Aufenthalt der Ge-klagten und ihrer allfälligen Rechtsnachfolger unbe-kannt ist, so hat man den Joseph Willmann von Lengensfeld als ihren Curator aufgestellt. — Wovon dieselben mit dem Beisage verständiget werden, daß sie zu der angeordneten Tagssagung entweder per-sönlich zu erscheinen, oder dem aufgestellten Cura-tor ihre Befehle an die Hand zu geben, oder einen andern Bevollmächtigten zu wählen, und überhaupt im ordnungsmäßigen Wege einzuschreiten wissen mö-gen, widrigens sie sich die aus ihrer Versäumniß entstehenden Folgen selbst zuzuschreiben hätten.

Kronau am 25. Juni 1846.



# **Aemtlliche Verlautbarungen.**

3. 1064. (2) Nr. 6409/820.

## **K u n d m a c h u n g.**

Von der k. k. k. verm. illhr. vereinten Cameral = Gefällenverwaltung wird in Folge hohen Hofkammer = Decretes vom 13. Mai d. J., 3. 15,051, zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die in dem beigedruckten Ausweise aufgeführten Weg- und Brückenmäuthe auf die Dauer des nachfolgenden Jahres, und zwar vom 1. November 1846 bis letzten October 1847, im Wege der öffentlichen Versteigerung unter nachfolgenden Bestimmungen in Pacht gegeben werden: — 1. Die Versteigerung wird bei derselben Tagsatzung für diese Zeitfrist abgehalten, und mit Demjenigen der Vertrag abgeschlossen, dessen Anbot sich als der vortheilhafteste darstellen wird. — 2. Aus dem angeschlossenen Ausweise sind die Namen der Stationen, die Anzahl der Meilen und Brücken-Glassen sammt dem Ausrufspreise zu entnehmen. In diesem Ausweise ist auch der Ort und Tag angegeben, an welchem die Versteigerung einer jeden Station vorgenommen wird. — 3. Zu dieser Versteigerung werden alle Jene zugelassen, welche nach den Landesgesetzen zu solchen Geschäften geeignet und die bedungene Sicherheit zu leisten im Stande sind. — 4. Wer im Namen eines Andern einen Anbot macht, muß sich mit der gehörig legalisirten Vollmacht seines Machtgebers bei der Commission vor der Licitation ausweisen, und diese ihr übergeben. — 5. Den Pachtlustigen ist gestattet, mündliche Anbote für die Pachtung einer oder mehrer Stationen zusammen, in so fern sie bei derselben Tagsatzung ausgebaut werden, was aus dem beigeschlossenen Ausweise ersichtlich ist, gegen dem zu machen, daß sie auf die im §. 8. bezeichnete Art die vorläufige Caution für alle jene Mäuthe, für welche der Anbot gestellt ist, erlegen. — 6. Eben so ist es gestattet, schriftliche Anbote für die Pachtung von Mäuthen einzureichen, und zwar auf die Pachtung bloß einer oder mehrer Stationen, in so fern dieselben bei derselben Tagsatzung versteigert werden, wobei der Dfferent auch die Bedingung stellen kann, daß sein Anerbieten nur für den Fall gelte, wenn ihm der ganze Complex, für den er den Anbot stellte, ohne Ausscheidung irgend einer Station überlassen werde. — Die Staatsverwaltung behält sich vor, je nach dem Umschlage dieser Pachtverhandlungen die Resultate der Versteigerung für die einzelnen Mäuthen

oder jene der Licitation für größere Complexe zu bestätigen. — 7. Bei den schriftlichen, mit dem gehörigen Stempel versehenen Anboten, ist Folgendes zu beobachten: — a) Dieselben müssen mit dem zu Folge des §. 8 dieser Kundmachung als vorläufige Caution sicherzustellenden Betrage im Baren oder in Staatspapieren nach dem lezt bekannten börsenmäßigen Kurse belegt, oder mit dem Beweise, daß dieser Betrag bei einer Aerialcassa, oder einem Gefällenamte im Baren oder in Staatspapieren nach dem Curswerthe erlegt, oder pupillarisch = hypothekarisch sichergestellt worden sey, daher, soweit es sich um eine hypothekarische Sicherstellung handelt, mit der landtäflichen oder grundbüchlichen einverleibten Beschreibung der Grundbuchs- oder Landtafel- Extracte und der gerichtlichen Schätzungs- Urkunde der Hypothek versehen seyn. — b) Dieselben müssen bis zu dem in dem Ausweise dieser Kundmachung bestimmten Tage bei der betreffenden Cameral-Bezirksverwaltung für die darin genannten Pachtobjecte versiegelt eingereicht werden. — c) Die schriftlichen Anbote müssen den Betrag, der für jede Station angeboten wird, in Zahlen und Buchstaben deutlich ausdrücken, und sind von dem Anbotsteller mit dem Vor- und Zunamen, dann Charakter und Wohnort des Ausstellers zu unterzeichnen. — Parteyen, welche nicht schreiben können, haben das Offert mit ihrem Handzeichen zu unterfertigen, und dasselbe nebst dem vom Namensfertiger und noch einem Zeugen unterfertigen zu lassen, deren Charakter und Wohnort ebenfalls anzugeben ist. — Wenn mehrere Personen gemeinschaftlich ein schriftliches Offert ausstellen, so haben sie in dem Offerte beizusetzen, daß sie sich als Mitschuldner zur ungetheilten Hand, nämlich Einer für Alle, und Alle für Einen dem Gefälls-Aerar zur Erfüllung der Pachtbedingungen verbinden. — Zugleich müssen sie in dem Offerte jenen Mitofferenten namhaft machen, an welchen allein die Uebergabe des Pachtobjectes geschehen kann. — d) Auf dem Umschlage des Offertes sind jene Mauthstationen, für welche der Anbot gemacht wird, deutlich anzugeben. — e) Diese Anbote dürfen durch keine den Licitationsbedingungen nicht entsprechende Klauseln beschränkt seyn, vielmehr müssen dieselben die ausdrückliche Erklärung enthalten, daß der Dfferent die in der Kundmachung enthaltenen, und die bei der mündlichen Licitation vorgelesenen, in das Licitations-Protocoll aufgenommenen Vertragsbedingungen genau befolgen wolle. — f) Von Außen müssen diese Eingaben mit der Aufschrift



bezeichnet seyn: „Anbot zur Pachtung der Mauthstation (folgt der Name der Station). — Ein Formular eines solchen Offertes folgt unten zur Einsicht. — g) Die schriftlichen Offerte sind von dem Zeitpunkte der Einreichung für die Differenzen, für die Gefälls-Verwaltung aber erst vom Tage, an welchem die Annahme desselben dem Anbietenden bekannt gemacht worden ist, verbindlich. — Die schriftlichen Offerte werden nach beendeter mündlicher Versteigerung in Gegenwart der Pachtlustigen von dem Vicitations-Commissär, welchem sie von der Cameral-Bezirksverwaltung, die sie in Empfang nahm, verzeichnet, übermittlelt werden, eröffnet und kundgemacht. — Als Ersther der Pachtung wird dann, ohne eine weitere Steigerung zuzulassen, derjenige angesehen, der entweder bei der mündlichen Versteigerung, oder nach dem ordnungsmäßigen schriftlichen Anbote als der Bestbieter erscheint, so fern dieses Bestbot den Ausrufspreis erreicht, überschreitet, und an und für sich zur Annahme und zum Abschlusse des Pachtvertrages geeignet erkannt wird. — Hierbei wird, wenn der mündliche und schriftliche Anbot vollkommen gleich seyn sollte, dem mündlichen, unter zwei oder mehreren schriftlichen gleichen Anboten aber jenem der Vorzug gegeben werden, für welchen eine vom Vicitationscommissär vorzunehmende Verlosung entscheidet. — 8. Der Pächter hat zur Sicherstellung seines Pachtschillings eine Cautio zu leisten, welche nach seiner Wahl in dem sechsten und in dem vierten Theil des einjährigen Betrages derselben zu bestehen hat. — Im ersten Falle aber muß der Pachtschilling monatlich voraus, im zweiten nur nach Ende eines jeden Monats entrichtet werden. — Diese Cautio kann im Baren oder in k. k. Staatspapieren nach dem leztbekannten Kurse, oder mittelst Hypothekar-Sicherstellung geleistet werden. — Die Einverleibung der letzteren in den Grundbüchern oder Landtafeln geschieht auf Kosten des Pächters. — Jeder Versteigerungslustige muß den sechsten Theil des für ein Jahr entfallenden Ausrufspreises, bevor er zur Versteigerung zugelassen wird, der Commission als vorläufige Cautio erlegen; dieser Erlag kann eben so, wie die oben erwähnte Pachteautio selbst, im Baren oder in k. k. Staatspapieren nach dem leztbekannten Kurse geschehen. — Auch kann dafür eine einverleibte Pragmatical-Sicherheits-Urkunde mit Beibringung des Grundbuchs- oder Landtafel-Extractes und des Schätzungsactes eingelegt werden, welche jedoch mit der Bestätigung ihrer Annehmbarkeit von Seite der betreffenden k. k.

Kammerprocuratur zu Graz, Laibach oder Klagenfurt versehen seyn muß. — Zur Erleichterung jener bisherigen Mauthpächter, die mitzulicitiren gesonnen wären, ist, wenn sie sich in keinem Pacht-rückstande befinden, und ihre Cautio durch baren Erlag oder in Staatspapieren geleistet haben, oder wenn auf diese Cautio bis zum Zeitpunkte der Versteigerung kein Pfandrecht oder Verbot von Jemanden erwirkt worden ist, eine Erklärung genügend, daß sie ihre bereits für die gegenwärtige Pachtung bestellte Cautio vorläufig als Fortsetzung für ihre künftigen Verpflichtungen ausdehnen. — 9. Gleich nach Beendigung der Versteigerung wird die als vorläufige Cautio beigebrachte Sicherstellung denen zurückgestellt, welche die Mauth nicht erstanden haben; dem Bestbieter aber wird dieselbe nur nach gepflogener Richtigestellung der Cautio ausgehändigt werden. — Diese Richtigestellung muß vor der Uebergabe des Pachtobjectes geschehen. — 10. Nachdem die Vicitatio einer Mauthstation geschlossen wurde, wird bis zu dem Augenblicke, wo die Nichtannahme des Angebotes von Seite der competenten Behörde abgesprochen worden ist, kein nachträglicher Anbot angenommen. — 11. Die Uebergabe des Gegenstandes der Pachtung geschieht nach erfolgter Bestätigung des Vicitations-actes oder Offertes. — 12. Der Pächter tritt rücksichtlich der gepachteten Station und der damit verbundenen Gebühren-Einnahmen in die Rechte und Verpflichtungen des Aerrars. — 13) Dort, wo Aerrarial-Mauthgebäude bestehen, wird, wenn der Pächter es wünscht, wegen miethweiser Ueberlassung derselben an ihn, ein besonderes Uebereinkommen gepflogen werden. — 14) Die allgemeinen Pachtbedingungen sind aus der Anlage zu entnehmen, die besonderen für die einzelnen Stationen eigens bestehenden Bedingungen können aber vor der Versteigerung bei der betreffenden Cameral-Bezirksverwaltung in Marburg in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden. — 15. Die Vicitationen beginnen immer pünctlich um die zehnte Stunde. — Formular eines schriftlichen Offertes. (Von Innen.) Ich Endesgefertigter biete für die Pachtung der Mauthstation (folgt der Name) für die Zeit vom 1. November 1846 bis Ende October 1847 den Jahres-Pachtschilling von (Geldbetrag in Ziffern), das ist: (Geldbetrag in Buchstaben,) wobei ich die Versicherung beifüge, daß ich die in der Ankündigung und in den Contracts-Bedingnissen enthaltenen Bestimmungen genau befolgen werde. — Als vorläufige



Caution lege ich im Anschlusse den Betrag von . . . . . Kreuzer . . . (oder lege ich die nachfolgenden Urkunden bei, welche die Hypothekarsicherheit im Betrage von . . . . . Gulden . . . Kreuzer nachweisen, (sind die beigelegten Documente anzugeben), oder lege ich die Cassa-Duitung über das erlegte Badium bei. — . . . am . . . . . 1846. — (Unterschrift nach Maßgabe des §. 7.) — (Von Außen). Nebst der Adresse der Behörde, an welche das Offert eingekendet wird, und Bezeichnung des Betrages im beiliegenden Gelde, oder der Obligationen, oder des Betrages der zur Sicherstellung gewidmeten Urkunden (Offert für die Pachtung der Mauthstation) hier folgt der Name der Station. — **Allgemeine Pachtbedingungen.** Die Bedingungen, unter welchen die Verpachtung Statt finden wird, sind folgende: **Erstens.** Dem Pächter wird das Recht eingeräumt, die für die gepachtete Station oder Stationen gesetzlich bestimmten Mauthgebühren nach den bestehenden Tariffen und Vorschriften einzuziehen. Der Tariff und eine Zusammenstellung der wichtigsten Mauthvorschriften werden demselben bei der Uebergabe der Station verzeichnet gegen Empfangsbestätigung eingehändigt werden. — **Zweitens.** Bei den sogenannten Wehrmauthen oder Filialstationen treten die nämlichen Wegmauthgebühren, wie bei den Hauptstationen ein. — Es unterliegen aber diesen Gebühren bei den Wehrmauthstationen nur jene Parteien, welche die Hauptstation umfahren, oder mit Vieh umtreiben, d. i. solche Parteien, welche vor dem Hauptschranken von der mauthpflichtigen Straße ablenken, und dieselbe hinter diesem Schranken wider benützen. — Die Brückenmauthgebühren aber sind bei den Wehrschranken nur in so weit einzuziehen, als die mauthpflichtigen Brücken wirklich benützt werden. — **Drittens.** Dem Pächter werden die bei den Stationen befindlichen Schrankenbäume und Zugehör, in so weit sie ein Eigenthum des Aerariums sind, und unter der Bedingung unentgeltlich überlassen, daß er die etwa nothwendigen Reparaturen an denselben aus Eigenthum bestreite, und sie in demselben Zustande, als sie ihm übergeben worden sind, bei Beendigung seiner Pachtzeit dem Aerarium zurückstelle. Wo keine Schranken bestehen, oder die alten ganz unbrauchbar geworden sind, hat der Pächter für die Herstellung eines neuen Schrankens zu sorgen, der in diesem Falle dergestalt sein Eigenthum verbleibt, daß er nach dem Ende der Pachtzeit sich mit seinem allfälligen Nachfolger abfin-

den, oder den Schranken wegnehmen lassen kann. — **Viertens.** Der Pächter ist weder berechtigt, die ihm verpachtete Station in eine andere Ortschaft zu verlegen, noch dieselbe von der Straße, an der sie dermal steht, zu entfernen, noch überhaupt den Schranken eigenmächtig zu versetzen. Es steht jedoch demselben frei, eine andere Aufstellung des Schrankens bei der Gefällsbehörde nachzusuchen, welche sich das Recht vorbehält, dazu ihre Einwilligung im Einverständnisse mit der politischen Behörde zu erteilen, wenn keine Anstände dagegen obwalten. — **Fünftens.** Der Pächter ist verbunden, die Parteien anständig zu behandeln, und bei Tag und Nacht ohne Aufenthalt zu expediren. Es liegt ihm ob, den Reisenden, Fuhrleuten und Viehtreibern, die seinen Schranken betreten, die Gebühren außer dem Amte auf der Straße abzunehmen, und die auf den entrichteten Betrag lautende Bollete auf Verlangen einzuhändigen, wie nicht minder zur Nachtzeit den Platz am Schranken ergiebig zu beleuchten. Er ist verbunden, eine von der Gefällsbehörde bestätigte und leserliche Gebühren-tafel an dem sichtbarsten und zugänglichsten Platze außerhalb des Einhebungs-Locals anzuheften, und während der ganzen Pachtzeit angeheftet zu lassen. — Im Falle der Nichtbefolgung dieser Vorschrift verfällt der Pächter in eine Strafe von 1 bis 10 fl., welche die Bezirksverwaltung vom Fall zu Fall nach den Umständen zu bemessen hat. — **Sechstens.** Die Beischaffung der Wegmauth-Valor-Bolleten bleibt dem Pächter überlassen, es wird jedoch demselben ein Formular vorgezeichnet werden, nach welchem die Bolleten gedruckt erscheinen müssen, und die Vorausgabung einer anders geformten oder geschriebenen Bollete wird der verweigerten Erfolge einer Bollete gleich geachtet. Auch darf keine in der Jahreszahl, Datum oder in dem Ansätze des Gebührenbetrages corrigirte oder radirte Bollete der Partei gegeben werden. — **Siebtens.** Wird von einem Pächter die Mauth in einem Falle abgenommen, in welchem sie nicht gebührt, oder wird von einer Partei ein höherer Betrag eingehoben, als gesetzlich bestimmt ist, so verwirkt der Pächter eine Strafe in dem zwanzigfachen Betrage des zur Ungebühr bezogenen Mauthgelbes, unabhängig von jenen Strafen, die ihn im Grunde der Strafgesetze noch treffen könnten. — **Achtens.** Verweigert eine Partei bei Passirung des Schrankens oder der Brücke die Entrichtung der Gebühren, oder wollte sie den Schranken gewaltsam überschreiten, so ist der Pächter berechtigt, den







Beweisen, durch einen Zeitraum von wenigstens vierzehn Tagen ununterbrochen gänzlich entzogen wird; so ist derselbe berechtigt, eine angemessene Vergütung des erlittenen Schadens anzusprechen, welche Vergütung aber die für die Zeit der entgangenen Benützung des ihm entzogenen Mauthobjectes entfallende Pachtchillingsquote nicht übersteigen darf. Als selbstständiges Mauthobject wird bei Concretal-Verpachtungen jede Mauthstation angesehen und behandelt, welche in der Versteigerungskundmachung als eine selbstständige Station und mit einem selbstständigen Ausrufspreise ausgeführt wird. — Behufs der Ausmittlung der auf das entzogene selbstständige Mauthobject von den Concretalpachtchillingen entfallenden Pachtchillingsquoten wird gleich bei Ausfertigung des Vertrages der für das gepachtete Concretalobject gebotene Pachtchilling nach dem Verhältnisse der einzelnen Ausrufspreise zu dem Gesamtausrufspreise vertheilt. Hinsichtlich der Ueberfuhrten wird ausdrücklich festgesetzt, daß das Zufrieren der Flüsse nicht als ein den Entschädigungsanspruch des Pächters begründendes Elementar-Ereigniß angesehen wird, und daß daher auch der Pächter aus Anlaß dieses Ereignisses keine Entschädigung anzusprechen berufen ist. — Alle von dem Willen des Pächters abhängenden, daher durch sein Verschulden hervorgerufenen, die Benützung des Pachtobjectes behebenden oder beschränkenden Umstände, so wie alle Zufälle und Ereignisse, die bloß auf eine Verminderung des Pachtobjectes im größeren oder geringeren Maße einwirken, durch welche aber die Benützung eines selbstständigen Mauthobjectes nicht gänzlich unmöglich gemacht wird, treffen gleichfalls den Pächter, der folglich den herbeigeführten Abfall am Ertrage des gepachteten Objectes ohne einen Anspruch auf Entschädigung zu tragen hat. — Die Entschädigungsgesuche wegen entgangener Benützung der Pachtobjecte müssen während der peremptorischen Frist von drei Monaten, vom Tage der Behebung des Hindernisses an, bei der Bezirksbehörde, in deren Bezirke die Mauthstation gelegen ist, überreicht werden, widrigenfalls auf solche Gesuche keine Rücksicht genommen werden wird. — Siebzehntens. Für den Fall, wenn der Pächter die vertragmäßigen Bedingungen nicht genau erfüllen sollte, steht es den mit der Sorge für die Erfüllung des Vertrages beauftragten Behörden frei, alle jene Maßregeln zu ergreifen, die zur unaufgehaltenen Erfüllung des Vertrages führen, wogegen aber auch dem Pächter der Rechtsweg für alle Ansprüche, die er aus

dem Vertrage machen zu können glaubt, offen stehen soll. — Hiernach wird jedesmal, und insbesondere in dem Falle, wenn der Pächter die bedungene Cautio nicht zur gehörigen Zeit vollständig leistet, oder den Pachtchilling in der gehörigen Zeit nicht, oder nicht vollständig abführt, es der Gefällsbehörde zustehen, sogleich im administrativen Wege ohne seine Vernehmung Sequester auf die gepachtete Station, welche die Station auf seine Rechnung und Gefahr zu verwalten haben, einzusetzen, oder das gepachtete Object auf seine Gefahr und Kosten neuerdings feilzubieten, und die eine oder die andere Maßregel oder beide zugleich zu ergreifen, oder endlich auch den Pächter zugleich in anderem Wege zur Erfüllung des Vertrages zu verhalten. — In diesem Falle bleibt der Pächter in der Haftung für jeden Betrag, der an dem bedungenen Pachtchillinge nicht eingebracht werden würde, und der Gefällsbehörde steht es zu, den abgehenden, nebst den schuldig gebliebenen Betrag aus seiner Cautio, nöthigenfalls auch von seinem übrigen Vermögen einzubringen. — Wenn bei der in einem solchen Falle vorgenommenen Wiederversteigerung ein höherer Pachtchilling erlangt werden sollte, oder wenn bei der auf Gefahr und Kosten des Pächters vorgenommenen Sequestration des Mauthgefälls ein den Pachtchilling übersteigendes reines Mauth-Erträgniß sich ergäbe, so soll das Gefällsärar berechtigt seyn, diese Vortheile für sich zu behalten. — Ueberdies hat der Pächter in dem Falle, wenn er eine Pachtzinsrate zur festgesetzten Zeit nicht abführt, von der rückständigen Pachtzinsrate bis zu deren Zahlung Verzugszinsen zu vier vom Hundert zu entrichten, und es fangen diese Verzugszinsen vom dem Tage zu laufen an, welcher auf den im Pachtcontracte zur Zahlung der rückständigen Pachtzinsrate bestimmten Tag folgt. — Achtzehntens. Dem Pächter, wie der Gefälls-Verwaltung, steht, so fern während des Laufes der Pachtzeit eine Aenderung in den Bestimmungen des Gesetzes, die auf den Ertrag einen Einfluß ausübt, Statt finden sollte, eine vorläufige dreimonatliche Aufkündigung vor dem Ablaufe des Verwaltungs-Jahres frei. — Neunzehntens. Das unterfertigte Vicitationsprotocoll vertritt die Stelle der förmlichen Contracts-Urkunde, und verbindet den Bestbieter sogleich vom Zeitpunkte der Unterfertigung, während für die Staats-Verwaltung



die volle Gültigkeit des Vertrages von der Annahme des Anbotes von Seite der zur Bestätigung solcher Pachtverträge berechtigten Behörden abhängt, und daher erst mit der an den Bestbietenden erfolgten Bekanntgebung der höheren Ratification eintritt. Kann das Licitations-Protocoll wegen Abwesenheit der mittelst eines schriftlichen Offertes als Bestbieter verbliebenen Vicarianten, von demselben nicht gefertigt werden, und erfolgt zu demselben die oberrwähnte vorbehaltene Ratification, so wird auf der Grundlage des Offertes und der kundgemachten Bedingungen ein förmlicher Contract in zwei gleichlautenden Partien errichtet werden. — Sollte der Differenz sich weigern, den förmlichen Contract zu unterfertigen, so haben die mit §. 17 festgesetzten Rechte des Gefällsärars einzutreten. Die Entscheidung, ob der mündliche oder schriftliche Anbot von der competenten Behörde ratificirt werde, wird längstens bis zum Anfangstage der Pachtzeit Statt finden und dem Pächter bekannt gegeben werden, bis wohin der Bestbieter von seinem Offerte nicht zurücktreten kann. — Wenn mehrere Personen zusammen Bieter sind, so haften sie zur ungetheilten Hand für die Erfüllung der übernommenen Contracts-Verbindlichkeiten. — Das Rechtsmittel wegen Verletzung über die Hälfte kann nicht geltend gemacht werden. — Zwanzigstens. Der Pächter ist verpflichtet, die für ein Pacht-Contracts-Exemplar entfallende Stempelgebühr sogleich bei der Bekanntmachung der erfolgten Bestätigung zu entrichten. — Ein und zwanzigstens. Der Pächter hat, nebst den allgemein kundgemachten Vorschriften und Tariffen, auch die ihm bei der Licitacion vorgehaltenen und unter die Pachtungsbedingungen aufgenommenen Bestimmungen genau zu beobachten, und sich daher mit Rückblick auf den ihm eingehändigten Amts-Unterricht gegenwärtig zu halten, daß auch das in die Schwemme und zur Tränke getriebene Vieh am Localschranken, das zur Weide auf die Alpen gehende Vieh aber bei allen Mauth-Stationen die Befreiung von der Entrichtung der Gebühr genießt, daß die Fuhren mit Feuerspritzen oder andern Feuerlösch-Requisiten, wenn sie bei einer Feuerbrunst verwendet werden, mauthfrei zu behandeln, und die Fuhren zu Ufer-, Schutz- und Regulirungs-Baulichkeiten den Fuhren zu Straßenbauten gleich zu stellen sind. — Auch sind die ausländischen leer zurückfahrenden Post-

pferde mauthfrei zu behandeln. — Eben so sind die k. k. Ober-Commissäre und Commissäre der Finanzwache, dann die berittene Mannschaft der Finanzwache mauthfrei, und es kommt die den Holzfuhrn zugestandene Begünstigung den zum Gewerbsbetriebe nothwendigen Fuhrn mit Holzkohlen zu Statten. — Hinsichtlich der Begünstigung der Bewohner jener Orte, in welchen alle an Chaussees gelegenen Eingänge mit Mauthschranken umschlossen sind, wird sich auf das in dem Unterrichte bezogene hohe Hofkammer-Decret vom 5. Juli 1831, Z. 18174, berufen; übrigens wird bemerkt, daß in Gemäßheit a. h. Entschliessung vom 29. März 1845 und Hofkammerdecretes vom 28. April d. J., Z. 13109, alle durchlauchtigsten Mitglieder des allerhöchsten Kaiserhauses sammt ihrem unmittelbaren Gefolge, bei sämtlichen Ararial-, Weg-, Brücken-, Linien- und Uebersuhr-Stationen mauthfrei zu behandeln sind. — Der mauthfreien Behandlung sind ferner zu unterziehen: a) Die unentgeltlichen unterthänigen Fuhrn mit Schulbrennholz, gegen Vorzeigung bezirksherrschaftlicher Certificate. — b) Fuhrn, welche nach vollzogener Amtsverrichtung des Seelsorgers leer zurückkehren, welche Begünstigung aber jenen Fuhrn, die angeblich Seelsorger zu ihren geistlichen Functionen abholen, nicht zukommt. — c) Die zum Baue und Erhaltung der Ararial-Strassen bestimmten Fuhrn, gegen Vorzeigung der Certificate der betreffenden Straßen-Commissäre. — d) Materialfuhrn zum Baue und Herstellung der Staatseisenbahnen, so wie auch Schotterfuhrn nach den hierüber bestehenden Bestimmungen. — Zwei und zwanzigstens. Wird als Bedingung noch beigefügt, daß die mit der kaiserlichen Subernial-Commissäre vom 19. Juni 1840, Z. 14852, allgemein, von Seite des k. k. Steyermärkischen Suberniums aber mit Verordnung vom 10. Juni 1840, Z. 9636, den Kreisämtern in Folge Hofkammerdecretes vom 8. Mai 1840, Z. 10161, bekannt gemachte Bestimmung an die Stelle des §. 4 lit. r der Vorschrift vom 17. Mai 1821, rücksichtlich der mauthfreien Behandlung der rohen Material- und Brennstoffe zum Behufe der Bearbeitung für montanistisch concessionierte Werke im Orte, wo der Mauthschranken sich befindet, gegen ausdrückliche Bezeichnung jener Werke, die bei den verpachteten Schranken die Mauthfreiheit zu genießen haben, in Wirksamkeit bleibt. — Graz am 26. Juni 1846



# V e r z e i c h n i s s

der für die Dauer des Verwaltungs-Jahres vom 1. November 1846 bis letzten October 1847 zu verpachtenden Weg- und Brückenmauth-Stationen.

Cameral-Bezirks-Verwaltung	Benennung	Categorie	Anzahl der		D r t	T a g	Ausrufs-Preis für das Jahr 1847		B e h ö r d e, bei welcher die Offerte einzureichen sind.	Bis zu welchem Tage die Offerte einzureichen kommen.
	der Mauth-Stationen.		Meilen	Brücken- Stasse.		der Versteigerung.				
							fl.	fr.		
M a r b u r g.	Landschahbrücke .	Weg- und Brücken- mauth	3	III.	Bei der k. k. Cameral-Bezirks-Verwaltung Marburg.	25. Juli 1846 Vormittag	8901	—	Cameral-Bezirks-Verwaltung in Marburg	23. Juli 1846
	Epielsfeld . . .	Brückenmauth	—	III.			4180	—		25. Juli 1846
	Defnitzbach . . .	detto	—	I.		27. Juli 1846 Vormittag	1100	—		detto
	Marburg Grazerthor	Wegmauth	3	—		28. Juli 1846 Vormittag	3600	—		26. Juli 1846
	» Kärntner- Thor	detto	2	—			540	—		detto
	» am Drau- Thor	detto	3	—			2724	—		detto
» detto	Brückenmauth	—	III.	6756	—	detto				

K. k. vereinte Cameral-Gefällen-Verwaltung für Steyermark und Jährien.  
Graz am 26. Juni 1846.



**B. 1098. (2)**

Nr. 8866/1276

**C o n c u r s.**

zur Wiederbesetzung der provisorischen Controllor-Stelle zu Millstatt in Kärnten. — Bei dem Verwaltungsamte der k. k. Studiensonds-Herrschaft Millstatt in Kärnten ist die Controllor-Stelle in Erledigung gekommen, womit ein Gehalt jährlicher Fünfhundert Gulden C. M., der Genuß der freien Wohnung, und ein Brennholz-Deputat von jährlichen zehn Klaftern harter Scheiter, zugleich aber auch die Verpflichtung zum Erlage einer Caution im Gehaltsbetrage verbunden ist. — Zur provisorischen Wiederbesetzung dieser Controllor-Stelle wird der Concurß mit dem Bemerkten ausgeschrieben, daß jene Individuen, welche sich um diese zu bewerben gedenken, ihre gehörig belegten Gesuche mit der legalen Nachweisung des Alters und Standes, eines unbescholtenen Lebenswandels, der erworbenen Kenntnisse, namentlich der vollkommenen Kenntniß der Landamtsirung und der staatsherrschaftlichen Cassen und Rechnungs-Manipulation, der bisherigen Dienstleistung, der allfällig zurückgelegten juridisch-politischen Studien und erlangten Wahlfähigkeits-Decrete, endlich der Fähigkeit zur sogleichen Cautionsleistung im Gehaltsbetrage, entweder bar oder fideijussorisch — bis 6. August d. J. im vorgeschriebenen Dienstwege bei der k. k. Cameral-Bezirks-Verwaltung in Klagenfurt zu überreichen und zugleich anzugeben haben, ob und in welchem Grade sie mit einem Beamten der Staatsherrschaft Millstatt verwandt oder verschwägert sind. — Graz am 19. Juni 1846.

**Vermischte Verlautbarungen.**

**B. 1100. (2)**

Nr. 787/498.

**E d i c t.**

Von dem Bezirksgerichte Münkendorf wird den unbekannt wo abwesenden Gregor Prelesnik, Maria Roman und Georg Sileuz mittelst gegenwärtigen Edictes erinaert: Es habe Michael Schimenz, als Eigenthümer der, dem Gute Edusch sub Urb. Nr. 4, Rects. 2 $\frac{3}{4}$ , dienstbaren Viertelhuben, wider sie die Klage auf Verjährterklärung der Forderung des Gregor Prelesnik aus dem Schuldscheine ddo. 25. August 1797 pr. 195 fl. 30 kr. E. W.; jene der Maria Roman aus dem Urtheile ddo. 29. October 1795, intab. 23. November 1797, pr. 50 fl., und der Kosten pr. 12 fl. 46 kr., und jener des Georg Sileuz aus dem Schuldscheine ddo. 30. December 1797, intab. 8. Jänner 1798 pr. 130 fl., dann aus dem Versatzbriefe ddo. 26. November 1795, intab. 12. November 1798, pr. 156 fl., angebracht und um gerichtliche Hilfe gebeten.

Da der Aufenthaltsort der Beklagten diesem Gerichte unbekannt ist, und da sie vielleicht außer den k. k. Erbländern wohnhaft sind, so hat man ihnen auf ihre Gefahr den Anton Bodischkar von Neul als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache bei der dießfalls auf den 27. September d. J. Vormittag um 9 Uhr vor diesem Gerichte angeordneten Tagssatzung gesetzmäßig verhandelt und entschieden wird.

Dessen werden die Beklagten zu dem Ende erinnert, daß sie rechtzeitig selbst zu erscheinen, oder ihre Behelfe dem bestellten Curator an die Hand zu geben, überhaupt ordnungsmäßig einzuschreiten wissen, da sie die aus dieser Verabsäumung entstehenden Folgen nur sich selbst beizumessen haben werden.

Bezirksgericht Münkendorf am 7. April 1846.

**B. 1093. (2)**

Nr. 1048.

**E d i c t.**

Von dem k. k. Bezirksgerichte Ponowitz zu Warberg wird bekannt gemacht: Man habe über Ansuchen der Maria Gabersheg, nun verheirathete Korinsheg von Soriha, in die executive Feilbietung der, dem Aloys Gabersheg gehörigen, dem Gute Steinbüchel sub Rect. Nr. 51 dienstbare, auf 837 fl. 10 kr. gerichtlich geschätzte  $\frac{1}{4}$  Hube in Podstranjo, wegen aus dem Urtheile v. 16. Februar und 31. Juli 1845, z. B. 159 und 1074, schuldigen 113 fl. 32 $\frac{1}{2}$  kr. und 50 fl. sammt Zinsen, Gerichts- u. Executionskosten gewilliget, und zur Bornahme derselben im Orte Podstranjo 3 Tagssatzungen, und zwar auf den 6. August, den 7. September und den 7. October d. J., jedesmal von 9 bis 12 Uhr früh mit dem Beisatze angeordnet, daß diese Realität nur bei der dritten Feilbietung unter dem Schätzungswerthe hintangegeben werden wird. Die Vicitationsbedingungen, der Grundbuchs-extract und das Schätzungsprotocoll können zu den gewöhnlichen Amtsstunden hieraus eingesehen werden. K. K. Bezirksgericht zu Warberg den 26. Juni 1846.

**B. 1059. (3)**

**C o n c u r s.**

Zur Besetzung der, an der gräflich Panthierischen Fideicommiss-Herrschaft Wippach in Innerkrain erledigten Stelle eines politischen Actuars, womit ein Jahresgehalt von 450 fl. C. M., und der Bezug eines Holzdeputats verknüpft sind, wird hiemit ein vierwöchentlicher Concurß eröffnet. Die Dienstwerber werden aufgefordert, ihre mit den politischen Wahlfähigkeitsdecreten belegten Gesuche, unter Nachweisung des Alters, Standes, der bisherigen Dienstleistung und Kenntniß der slavischen Sprache, längstens bis zum 30. Juli d. J. der Administrations-Curatel der Fideicommiss-Herrschaft Wippach in Görz portofrei einzusenden, und darin anzugeben, wann sie den Dienst antreten können. — Wippach am 2. Juli 1846.



## Gubernial-Verlautbarungen.

3. 1079.      Nr. 15,818/1572.      ten hohen Hofkanzleidecretes vom 17. v. M.,  
 Verlautbarung      3. 20,367, hat die k. k. allgemeine Hofkam-  
 über Veränderungen bei verliehe-      mer die nachgenannten Privilegien zu verlän-  
 nen Privilegien. —      Zufolge eingelang-      gern befunden:

N a m e, Zuname und Wohnort des Privilegirten.	Datum u. Zahl des Hofkammer- Decretes.	Gegenstand des Privilegiums.	Dauer der Verlän- gerung.
Joseph Moser, bürgl. Wagnermeister in Wien.	27. Mai 1846, 3. 21,154/984.	Das Privilegium ddo. 27. Mai 1842, auf eine Erfindung und Verbesserung in der Ver- fertigung von Wägen, Univer- salkaleschen genannt.	Auf Ein, d. i. das 5. Jahr.
Heinrich Daniel Schmidt, Chef des Hauses Rollé et Schwilgué in Wien.	detto.	Das Privilegium ddo. 8. Ju- li 1844, auf eine Erfindung von Kranichwagen.	Auf drei, d. i. das 3. bis in- clus. 5. Jahr.
Alberico Briola, Ingenieur in Pavia.	2. Juni 1846, 3. 21,869, 1024.	Das Privilegium ddo. 5. April 1842, auf die Erfindung einer hydraulischen Maschine zum He- ben des Wassers zu verschiede- nem Gebrauche (Wasserschäufel genannt).	Auf Ein, d. i. das 5. Jahr.
Johann Schmid- mayer, Appreteur zu Wien.	8. Juni 1846, 3. 22,971, 1073.	Das Privilegium ddo. 23. Mai 1845, auf eine Verbesse- rung an dem Schneide- Cylin- der der Schawl- Ausschneid- maschine.	Auf Ein, d. i. das 2. Jahr.
Joseph Ant. Döwald, dermal Jacob Petri.	8. Juni 1846, 3. 22,644, 1053.	Das ursprünglich dem Joseph Anton Döwald unterm 21. Mai 1840 verliehene, und in der Folge in das Eigenthum des Jacob Petri übergegangene Pri- vilegium auf eine Erfindung: die Chocolate, statt durch Men- schenhände, mittelst zweier neuen Maschinen zu erzeugen.	Auf Ein, d. i. das 7. Jahr.
Franz Horstky, k. k. Catastral- Triangu- lirungs- Adjunct in Wien.	detto.	Das Privilegium ddo. 14. Mai 1842, auf die Erfindung: mittelst eines neuen Apparates das Flächenmaß von Poligon- en bei geometrischen Aufnah- men anzugeben.	Auf Ein, d. i. das 5. Jahr.
Anton Detter und Ignaz Deß, in der Folge Anton Detter Alleineigenthümer.	detto.	Das ursprünglich dem Anton Detter und Ignaz Deß verlie- hene und in der Folge in das Alleineigenthum des Erstern	



N a m e, Zuname und Wohnort des Privilegirten.	Datum u. Zahl des Hofkammer- Decretes.	Gegenstand des Privilegiums.	Dauer der Verlän- gerung.
Ludwig Baum, Satt- lergesell zu Wien.	8. Juni 1846, 3. 22,613 1052.	übergegangene Privilegium, auf die Erfindung: Feilen und Ra- speln auf Maschinen zu erzeugen. Das Privilegium ddo. 23. Mai 1815, auf die Erfindung und Verbesserung von elastischen Sätteln.	Auf Ein, d. i. das 5. Jahr. Auf Ein, d. i. das 2. Jahr.

Vom k. k. illyr. Gubernium. — Laibach am 1. Juli 1846.

3. 1120. (1) **C u r r e n d e** Nr. 16485. halten sey, ohne daß es auf die Stunde der Kundmachung des Edictes ankomme. — Zugleich haben Seine Majestät zu verordnen geruhet, daß diese Bestimmung in Zukunft auch in den Provinzen zu gelten habe, in welchen die galizische oder italienische Gerichtsordnung eingeführt ist. — Diese Allerhöchsten Bestimmungen werden in Folge hohen Hofkanzlei-Decretes vom 26. Juni 1846, 3. 21248, zur allgemeinen Kenntniß gebracht. — Laibach den 7. Juli 1846.

des k. k. illyrischen Guberniums. — Neuerliche Bestimmungen über den §. 5 der allgemeinen Concurs-Ordnung, und den §. 73 der allgemeinen Gerichts-Ordnung in Betreff der Rechtswirkung eines eröffneten Concurses. — Seine Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. Mai l. J. über allerunterthänigsten Vortrag der obersten Justizstelle und der Hofcommission in Justizsachachen, den §. 5 der allgemeinen Concurs-Ordnung, und den §. 73 der allgemeinen Gerichtsordnung dahin zu bestimmen geruhet, daß der Concurs in Rücksicht der hieraus entstehenden Rechtswirkung von dem Anfange des Tages der Kundmachung des Edictes für eröffnet zu

**Joseph Freiherr v. Weingarten,**  
Landes-Gouverneur.  
**Carl Graf zu Welsperg Raitenau**  
und Primör, k. k. Vice-Präsident.  
**Friedrich Ritter v. Kreizberg,**  
k. k. Gubernialrath.

### **Aemtlliche Verlautbarungen.**

3. 1115. (1) **R u n d m a c h u n g.** Nr. 6650|XI

Die k. k. Cameralgefällen-Verwaltung für Oesterreich ob und unter der Enns beabsichtigt für die Lieferung der im Solarjahre 1848, oder bei günstigen Anträgen auch in den Jahren 1849 und 1850 erforderlichen Papiergattungen, und zwar: a) des Stämpel-Nettopapieres in der jährlichen Menge von beiläufig 22000 Riesen, von 13 Zoll Höhe und 16 Zoll Breite im beschnittenen, oder 13 1/2 Zoll Höhe und 16 1/2 Zoll Breite vom Maschinenpapier, oder 14 Zoll Höhe und 17 Zoll Breite vom geschöpften Papier im unbeschnittenen Zustande, der Rieß im Gewichte von 9 3/4 bis 10 3/4 Pfund vom geschöpften, und von 8 1/2 bis 9 1/2 Pfund vom Maschinenpapier. — b) Des zur Einkartirung der

ordinären Tabakgattungen bestimmten Schrenz-papieres in der jährlichen Menge von beiläufig 3300 Ballen, von 15 Zoll Höhe und 18 Zoll Breite, welches gleichförmig geschöpft und ohne sogenannte Knöpfe seyn muß, — Probebögen zu erlangen, und ladet daher die Lieferungslustigen ein, von jeder einzelnen Gattung des Kanzlei-, dann des Schrenzpapieres ein Buch, das ist 24 Bogen, mit dem Currentpreise bezeichnet, längstens bis 25. Juli d. J. nach Wien an das k. k. Cameralgefällen-Verwaltungs-Conomat der Tabak- und Stämpel-Abtheilung, in der Riemerstraße Cons. Nr. 798, portofrei einzusenden. — Hierbei wird bemerkt, daß bei den Kanzleipapieren gleicher Dualität, jene von milchweißer Farbe den Vorzug erhalten. — Diese Probebögen haben die Lieferungslustigen überdieß mit einem Motto zu versehen, damit sie bei der eigentlichen Lieferungsconcurrentz, welche in dem Mo-



nate August oder September 1846 ausgeschrieben und durch die Provinzial-Zeitungsblätter öffentlich bekannt gemacht werden wird, in die Kenntniß kommen können, ob und welche ihrer Probebögen hierorts als Muster gewählt worden sind, was für die auswärtigen Concurrenten den Uebelstand beseitigen wird, zur Einsichtnahme der geeignet gefundenen Musterbögen eigens nach Wien reisen, oder hier zu diesem Ende einen Bevollmächtigten aufstellen zu müssen. — Von der k. k. vereinigten Cameral-Gefällen-Verwaltung für Oesterreich ob und unter der Enns. Wien am 14. Juni 1846.

3. 1105. (1) Nr. 385 ad Nr. 638]XVI.

**Zehent-Verpachtung.**

Von dem k. k. Verwaltungsamte der Cameralherrschaft Adelsberg wird hiemit bekannt gemacht, daß der zu derselben gehörige Garben- und Erdäpfel-Zehent von den Gemeindegemeinschaften zu Grafenbrunn, Watsch und Koritzna, dann der Garbenzehent von den Gemeindegemeinschaften zu Verbou, auf weitere 6 Jahre, d. i. vom 1. November 1846 bis hin 1852, am 7. August d. J. Vormittags von 9 bis 12 Uhr in der hierortigen Amtskanzlei im öffentlichen Versteigerungswege verpachtet werden wird, und daß die diesfälligen Pachtbedingnisse täglich in den gewöhnlichen Amtsstunden hieramts können eingesehen werden. — Hiezu werden die Pachtlustigen eingeladen, die Zehentholden aber noch insbesondere erinnert, von dem denselben zustehenden Einstandsrechte entweder gleich bei der Licitation selbst, oder wenigstens binnen den nächsten 6 Tagen um so gewisser Gebrauch zu machen, als im Widrigen die frägliehen Zehente den bei der Versteigerung verbliebenen Meißbietern in Pacht überlassen, und die später von den Gemeinden eingelangten Offerte hintangewiesen werden würden. — K. K. Verwaltungsamt Adelsberg am 1. Juli 1846.

3. 948. (1) Nr. 1604.

**Verlautbarung.**

Am 19. August 1846, Vormittags von 10 bis 12 Uhr, wird die versteigerungsweise Verpachtung des in 3 Abtheilungen hinter Tyrnau, in Wiesen- und Ackerland bestehenden magistratlichen sogenannten Militär-Terrains, auf weitere 10 Jahre, am Rathhause vorgenommen werden. — Die diesfälligen Licitationsbedingnisse können im magistratlichen Expedite eingesehen werden. — Stadtmagistrat Laibach am 20. Juni 1846.

3. 1010. (3)

Nr. 8100.

**Concurs.**

Bei der k. k. illyrischen Provinzial-Staatsbuchhaltung in Laibach werden einige beeidete unentgeltliche Practikanten aufgenommen, daher der Concurs zur Bewerbung um diese Stelle bis 8. August 1846 mit dem Besatze hiemit ausgeschrieben wird, daß diejenigen, welche einen dieser Posten zu erlangen wünschen, ihre eingehändig geschriebenen, gehörig documentirten, an das hohe k. k. General-Rechnungs-Directorium in Wien hylisirten Gesuche um so gewisser innerhalb der gesetzten Frist bei der Amtsvorsteherung der k. k. illyrischen Provinzial-Staatsbuchhaltung in Laibach einzureichen haben, als auf die nach diesem Präklusiv-Termine allenfalls noch einlangenden Gesuche für diesen Fall keine Rücksicht genommen werden wird. — Die Competenten haben sich auszuweisen: a) Ueber das Lebensalter; b) über die mit autem Fortgange zurückgelegten philosophischen Studien mittelst gestämelter Studienzeugnisse; c) über eine gute Moralität; d) über den ledigen Stand; e) über einen gesunden Körper; f) über den Besitz der landesüblichen Sprache; g) über die sowohl ununterbrochene als entsprechende Beschäftigung seit dem Austritte aus den Studien, oder einem seither anderwärts geleisteten Dienste, und h) über die Mittel zur Subsistenz während der Praxis. — Auch wird erinnert, daß die Competenten sich der für Buchhaltungs-Practikanten vorgeschriebenen Prüfung zu unterziehen, und sich überdies auszuweisen haben werden, daß sie mit keinem Beamten der k. k. illyrischen Provinzial-Staatsbuchhaltung in naher Verwandtschaft oder Schwägerschaft stehen. — Laibach am 30. Juni 1846.

3. 1109. (1)

**Edict.**

Von der k. k. Berggerichts-Substitution für Krain, Görz, das Triester Stadtgebiet und Istrien zu Laibach wird durch gegenwärtiges Edict bekannt gemacht: Es habe Anton Thomann in Steinbüchl, durch seinen Vertreter, Hrn. Dr. Grobath, mit der Klage de praest. 23. Mai 1846, 3. 116 j., wider Martin Nastran und dessen Rechtsnachfolger, das Begehren auf Verjährterklärung der, auf dem Schmelz- und Hammerwerksantheile Donnerstag der 5. Reihenwoche in



Untereisnern zu Gunsten des Beklagten, wider Michael Semen haftenden Forderungen aus dem Schuldscheine ddo. 1. Juli 1783, et praenot. 29. Mai 1786 pr. 820 Ducati, und aus dem Urtheile ddo. 29. Juli 1788, welches zur Rechtfertigung jener pränotirten Forderung, dann zur Sicherstellung der Interessen von 500 Ducati seit 1. Juli 1785, und der Gerichtskosten pr. 9 fl. 45 kr. D. W., am 3. November 1788 auf dem genannten Werksantheile intabulirt wurde, hiezu amts gestellt. — Nachdem nun das wohlöbl. k. k. Oberbergamt und Berggericht zu Klagenfurt mit dem Rescripte vom 23. Juni l. J., 3. 400, die vorgenannte k. k. Berggerichts-Substitution zur Verhandlung obiger Streitsache ermächtigt hat, so wurde über diese Klage die Tagsatzung auf Donnerstag den 15. October 1846 Vormittags um 10 Uhr in dieser Amtskanzlei angeordnet, und da die Beklagten unbekannten Aufenthaltes und möglicher Weise aus den k. k. Erbländern abwesend sind, so hat man zu ihrer Vertretung auf ihre Gefahr und Unkosten den hierortigen Hof- und Gerichtsadvocaten, Hrn. Dr. Johann Oblak, gerichtlich als Curator bestellt, mit welchem über diese anhängige Rechtsache nach der für diese k. k. Erbländer bestehenden Gerichtsordnung verhandelt und entschieden werden wird. — Welches den Beklagten zu dem Ende erinnert wird, damit sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder ihrem gerichtlich bestellten Vertreter die Rechtsbehelfe an die Hand zu geben, oder aber auch einen andern Sachwalter sich zu bestellen und diesem Gerichte namhaft zu machen, und überhaupt im geeigneten Wege einzuschreiten wissen mögen, widrigens sie sich die aus ihrer Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden. — Laibach den 2. Juli 1846.

3. 1108. (1)

E d i c t.

Von der k. k. Berggerichts-Substitution für Krain, Görz, das Triester Stadtgebiet und Istrien zu Laibach wird durch gegenwärtiges Edict bekannt gemacht: Es habe Anton Thomann in Steinbüchl, als Universalerbe nach Ignaz Thomann, zum Behufe der Löschung mehrerer, auf einzelnen, zum Ignaz Thomann'schen Verlasse gehörigen Antheilen des Schmelz- und Hammerwerkes zu Steinbüchl haftenden Sapposten durch seinen Vertreter, Herrn Dr. Grobath, drei Klagen hiezu amts angebracht und zwar: a) sub praes. 23. Mai 1846, 3. 117 j, die Klage gegen

Marx Suppantischitsch und dessen Erben, auf Verjährterklärung der Forderung aus dem Schuldscheine ddo. 5. October 1775, et intabulato 22. März 1776, pr. 450 fl. E. W., haftend auf dem Schmelz- und Hammerantheile Samstag der 1. Reihenwoche in Steinbüchl; b) sub praes. 23. Mai 1846, 3. 118 j., die Klage wider Michael Thomann und dessen Erben, auf Verjährterklärung der Rechte aus dem Uebergabvertrage ddo. 26. November 1796, et intabulato 4. Juli 1797, geschlossen zwischen Georg Thomann und Michael Thomann, haftend auf dem Schmelz- und Hammerantheile Samstag in der 5. Reihenwoche zu Steinbüchl; und c) sub praes. 23. Mai 1846, 3. 119 j., die Klage wider Andreas Warl und dessen Erben, auf Verjährterklärung der Rechte aus dem Kaufvertrage ddo. 19. et intabulato 29. September 1791, geschlossen zwischen Franz Kar. Kordesch und Andreas Warl, haftend auf dem Schmelz- und Hammerantheile Freitag in der 3. Reihenwoche und auf dem Kohlbarn Nr. 12 in Steinbüchl. — Nachdem nun das wohlöbl. k. k. Oberbergamt und Berggericht zu Klagenfurt mit den Rescripten vom 23. Juni 1846, 3. 401, 402 und 403, die vorgenannte k. k. Berggerichts-Substitution zur Verhandlung in obigen Streitsachen ermächtigt hat, so wurden über diese drei Klagen die Tagsatzungen auf Donnerstag den 8. October 1846 Vormittags um 9 Uhr in dieser Amtskanzlei angeordnet, und da die Beklagten sämtlich unbekannten Aufenthaltes und möglicherweise aus den k. k. Erbländern abwesend sind, so hat man zu ihrer Vertretung, auf ihre Gefahr und Unkosten den hierortigen Hof- und Gerichtsadvocaten, Hrn. Dr. Andreas Napreth, gerichtlich als Curator bestellt, mit welchem über diese anhängigen Rechtsachen nach der für diese k. k. Erbländer bestehenden Gerichtsordnung verhandelt und entschieden werden wird. — Welches den Beklagten hiemit zu dem Ende erinnert wird, damit sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder ihrem gerichtlich bestellten Vertreter die Rechtsbehelfe an die Hand zu geben, oder aber auch andere Sachwalter sich zu bestellen und diesem Gerichte namhaft zu machen, und überhaupt im geeigneten Wege einzuschreiten wissen mögen, widrigensfalls sie sich die aus ihrer Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden. — Laibach am 2. Juli 1846.